A11NEU Geschlechtergerechtigkeit - Modifizierte Übernahme Regionsvorstand

Gremium: Regionsverband Hannover
Beschlussdatum: 19.05.2021

Text

Gleichberechtigte Teilhabe

Geschlechtergerechte Politik will den Lebenslagen von Frauen, Männern sowie Trans- und Intersexuellen Rechnung tragen und damit der Vielfalt des Lebens. Wir betrachten Geschlechterpolitik als große Querschnittsaufgabe: Geschlechtergerechtigkeit muss Grundlage aller Anstrengungen in allen Politikfeldern sein. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist ein Kernziel grüner Politik. Noch immer tragen Frauen die Hauptlast, wenn sie Beruf und Familie vereinbaren wollen. Viele von Armut Betroffene sind alleinerziehende Frauen. Aufgrund der Ausrichtung der sozialen Sicherungssysteme auf das heute kaum noch erreichbare bruchlose 'Normalarbeitsverhältnis', sind besonders Frauen von Altersarmut betroffen. Es braucht bessere und höhere Löhne, um Frauen auch ökonomisch mehr Selbstbestimmheit und Stabilität zu verschaffen. Der noch nicht eingelöste Grundsatz: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit bleibt unser Ziel.

Mit der Frauenquote und der Mindestparität sind wir einen wichtigen Schritt vorausgegangen. Wir stehen dafür, dass Frauen die Hälfte der Macht und die Hälfte der Verantwortung bekommen. Gesetzliche Quoten für Aufsichtsräte und Vorständen werden zu mehr Qualität und Vielfalt führen. Weibliche Vorbilder werden sich positiv auswirken und mehr Frauen zu verantwortungsvollen Aufgaben und Positionen motivieren. Damit schaffen wir eine bessere Basis für eine geschlechtergerechte Gesellschaft.

Die Istanbul-Konvention ist das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Neben den unterstützenden Hilfsangeboten für von Gewalt Betroffene liegt in Art. 16 des Übereinkommens auch ein Fokus auf Prävention. So gibt es für die Region Hannover Täter-Programme, die die Gewaltausübenden in Zukunft befähigen sollen, Konflikte gewaltfrei zu lösen. Dies leistet einen elementaren Beitrag zur Gewaltprävention, der von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern zugute kommt sowie die Konfliktfähigkeit der Täter verbessert. Sie stellt somit einen Baustein zum Opferschutz dar.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- den Ausbau und die Information über bedarfsorientierter Angebote für Alleinerziehende in Alltag und Beruf stärken.
- den Anteil von Frauen in leitenden Funktionen der Regionsverwaltung und in Beteiligungsgesellschaften (auch in Aufsichtsräten) der Region Hannover erhöhen mit dem Ziel, mindestens die 50-Prozent-Quotierung zu erreichen.
- Programme zur Förderung der Geschlechterdiversität insbesondere in sozialen Berufen stärken.
- kostenfreie Menstruationshygiene-Artikel in öffentlichen Gebäuden, insbesondere in Berufsbildenden Schulen auslegen.
- das Konzept der aufsuchenden proaktiven Gefährderansprache bei häuslicher Gewalt und Stalking etablieren.
- eine fachliche Begleitung zur überleitenden Unterbringung für obdachlose Frauen und ihrer Kinder im Umland analog zum Konzept der Frauenberatungsstellen schaffen, mit dem Ziel diese Familien in Wohnungen unter zu bringen.
- die Kultur der geschlechtergerechten Sprache weiter ausbauen.
- weitere Angebote für von Gewalt betroffenen Frauen mit Kindern auch im Umland
- sämtliche Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt für alle Zielgruppen, wie geflüchtete Frauen, Frauen mit Behinderungen, LBTI*, Mädchen zugänglich zu machen und deren besondere Bedarfe berücksichtigen.
- Für den Ausbau der Platzangebote in Frauenhäusern einschließlich für Frauen mit Behinderung jeder Art
- Angebote für Frauen mit Söhnen auch über 12 Jahre schaffen
- Wir unterstützen Beratungsstellen zu Häuslicher Gewalt und Partner*innengewalt sowohl für Täter*innen als auch für Opfer, die sich an alle Geschlechter und Familienformen wenden